

Rede von Bürgermeister Tobias Stockhoff
anlässlich der Einbringung des Haushaltes der Stadt Dorsten
am 16.09.2016

-es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus Rat und Verwaltung,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Woche habe ich häufig das Wort „Baustelle“
von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Kolleginnen
und Kollegen aus Rat und Verwaltung vernommen.

Bei diesen Baustellen handelt es sich manchmal
um real wahrnehmbare Baustellen, wie den Bau der Mercaden
mit all den Einschränkungen, die damit verbunden sind.

Meistens handelt es sich aber mehr um den abstrakteren
Begriff:

- Mal sind es hinterlassene Baustellen – man könnte sie
auch „unschöne Altlasten“ nennen.
- Mal sind es aufgezwungene Baustellen – man könnte
dazu auch „notwendige Kernsanierungen“ sagen.
- Und mal sind es selbstverursachte Baustellen – um etwas
Neues und Gewünschtes zu schaffen. Nennen wir sie mal
„Wunsch- oder Traumhaus“.

Wer selbst schon mal gebaut, umgebaut, saniert hat,
der weiß, dass alle Baustellen etwas gemeinsam haben:

- Sie kosten Zeit, Nerven und zunächst auch Geld.
- Sie sorgen für Einschränkungen und Umleitungen.
- Sie führen zu menschlichen Erkenntnisgewinnen, wenn es am Ende oder nach einem Bauabschnitt viele kluge Menschen gibt, die einem aus der Rückschau sagen können, wie man es hätte besser machen können.
- Und – Baustellen führen zu einer besseren Situation als vorher – wenn das gewünschte Ziel erreicht ist.

Auch in unserer Stadt gibt es gemeinschaftliche Baustellen, für die wir als Rat und Verwaltung mitverantwortlich sind. Wir sind aufgerufen, diese dann auch gemeinschaftlich mit den Menschen in unserer Stadt zu lösen.

Dabei kommt uns als gewähltem Stadtrat gemeinsam mit der Verwaltung die Aufgabe zu, berechnete Einzelinteressen im Rahmen des rechtlich und finanziell Möglichen abzuwägen, zu bewerten und dann zum Wohle der Gesamtstadt zu entscheiden.

Dabei haben wir gemeinsam eine ganz besondere Verantwortung. Unsere Ratskollegen, die als Architekten tätig sind, können dieses am ehestens nachvollziehen.

Wir haben zu beraten, unser Fachwissen einzubringen und gemeinsam mit den Bauherren, den Bürgern, einen Weg zu entwickeln, der machbar ist und zum Ziel führt.

Die finanzielle Grundlage für unser Handeln bildet dabei der Haushalt und seit 2012 auch die Haushaltssanierungsplanung.

Seit dem Stärkungspakt, der mit vielen schmerzhaften Einschränkungen für alle Bürgerinnen und Bürger verbunden ist, darf man sagen, dass wir auch wieder etwas mehr Handlungsfähigkeit gewonnen haben.

Leider – und da dürfte wohl Konsens herrschen – nicht genug, um das umzusetzen, was manchmal notwendig, aber was fast immer sinnvoll oder wünschenswert wäre.

Ein Architekt, der in einer solchen Situation steckt, wäre schlecht beraten, wenn er bei den Bauherren den Eindruck erwecken würde, er könnte auch mit engeren finanziellen oder gesetzlichen Spielräumen die gewünschte Villa mit 50 Zimmern errichten, wenn das Geld nur für das solide, aber nachhaltige Einfamilien-Reihenhaus reicht.

Durch die unzureichende Finanzausstattungen der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen – insbesondere was die Sozialkosten angeht – sind wir in der Lage, in der wir sind.

Ich glaube, jeder von uns wirkt an seiner Stelle, bei den kommunalen Spitzenverbänden, bei den Ministerien und den Fraktionen darauf hin, dass sich unsere Situation verbessert. Kleine Erfolge sind sichtbar. Aber diese sind leider noch nicht ausreichend.

Im Sommer 2012 haben wir mit viel Bauchschmerzen und großen Kraftanstrengungen den Haushaltssanierungsplan auf den Weg gebracht. Die große Geschlossenheit bei der Verabschiedung beruhte aus meiner Sicht darauf, dass alle Seiten ihren Teil dazu beigetragen haben, um eine ausgewogene Belastung in der Bürger- und Mitarbeiterschaft zu erzielen.

Dass leider nicht alle - seinerzeit in der Schnelle entwickelten - Sparziele objektiv umsetzbar sind, haben wir in den letzten Jahren erfahren.

Auch in diesem Jahr müssen wir über etwa 360.000 Euro an nicht realisierten Einsparungen entweder durch neue ersetzen oder aber durch Mehreinnahmen kompensieren.

Diese Herausforderung geht uns alle an. Wir haben als Verwaltung alle möglichen Kompensationsvorschläge eingebracht, die uns eingefallen sind.

Das waren immerhin rund 200.000 Euro, die die Kompensationssumme deutlich reduziert haben.

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

in dieser Situation sind nun Sie mit gefordert. Die Jahre, in denen der Kämmerer Kompensationsmaßnahmen aus dem Ärmel geschüttelt hat, sind endgültig vorüber.

Wir werden gemeinsam neue Maßnahmen beschließen müssen. In der Haushaltssanierungskommission sind erste Prüfaufträge an die Verwaltung ergangen.

Die geprüften Maßnahmen sind alle nicht populär.

Wenn wir aber einen genehmigten Haushalt 2016 haben wollen – und ich betone, davon hängen Projekte ab wie „Wir machen Mitte“ oder die Sanierung unserer Schulen - dann können wir nicht weiter unsere Augen verschließen und uns wie Kinder mit hochroten Köpfen der Zusammenarbeit verweigern, weil wir mit den Kindern aus der gelben Straße nicht spielen möchten.

Neben diesen objektiv nicht möglichen Maßnahmen gibt es Maßnahmen, die ein Teil von uns nachträglich nun nicht oder nicht in dieser Form umsetzen will.

Ich betone ausdrücklich:

Das ist das gute Recht des Rates
und letztendlich auch das gute Recht der Bürgerschaft,
darüber per Mehrheitsvotum zu entscheiden.

Mir ist bewusst, dass jede Maßnahme schmerzhaft
Einschränkungen für einen Teil unserer Bürgerschaft bedeutet.
Als Bürgermeister warne ich aber genauso eindrücklich davor,
die Augen zu verschließen und nicht sehr genau zu prüfen,
ob wir den 2012 einmal gefundenen Konsens wirklich für
einzelne Punkte verlassen möchten.

Unsere Stadt ist eine Flächenstadt. 2012 wurde das beim
Haushaltssanierungsplan berücksichtigt.

Er hat versucht, alle Stadtteile gemäß ihrer sozialen und
finanziellen Ausgangsposition einzubeziehen.

Wer jetzt einmal mit einem rhetorisch zu groben und inhaltlich
zu polemischen Schraubenzieher versucht, an einem - auf dem
ersten Blick - kleinem Schraubchen nach zu justieren, der kann
ganz schnell abrutschen und dabei ein paar andere Schrauben
erheblich beschädigen.

Wer dann noch in einer grenzwertigen Form mit einem
Schmähblatt in zwei Stadtteilen Stimmung gegen Personen
zu machen sucht, den möchte ich gerne an seine roten
und schwarzen Plakate aus dem Kommunalwahlkampf 2014
erinnern und an das daraus resultierende Ergebnis.

Nur weil ein Bürger, ein Ratsmitglied oder ein Bürgermeister konsequent eine andere Meinung als man selbst vertritt, ist er deshalb nicht respektloser oder vertritt gar weniger die Interessen der Stadt und der Bürgerschaft oder die demokratischen Werte als man selbst.

Auch kann und darf es nicht sein, dass eine andere inhaltliche Meinung und das offene Vertreten dieser demokratischen Position dazu führen, dass in unserer Stadt Menschen zur „persona non grata“ erklärt werden.

Es ist dabei vollkommen egal, ob ein Bürger, eine Bürgerin seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik aktiv ist oder erstmalig die individuellen Interessen öffentlich artikuliert. Die Spielregeln für den Umgang miteinander sind gleich.

Bei allen inhaltlichen Differenzen sollten das Werte des Umgangs untereinander sein, für die wir gemeinsam in der Öffentlichkeit stehen und eintreten.

Eine besondere Herausforderung stellt für uns das Jahr 2021 dar. Durch einen komplexen Berechnungsschlüssel – man nennt ihn auch Wurzelerlass – haben wir im Haushaltsjahr 2021 mit einem Defizit von rund 1,7 Millionen Euro zu rechnen.

Wie es wirklich im Jahr 2021 aussieht, können wir heute kaum sagen.

Einige positive Effekte, wie etwa die angekündigte höhere Kostenübernahmen von Bund und Land der Asylkosten, sind noch nicht komplett eingerechnet.

Wir hoffen, dass wir dieses Haushaltsdefizit – und ich betone: was sich nicht aus fehlenden Sparmaßnahmen ergibt! – noch bis zur Haushaltsverabschiedung im November ausgleichen können. Ich bin hier durchaus guter Hoffnung, dass das Defizit kleiner sein wird, als bisher angenommen.

Unser Ziel muss es daher sein, dass es nicht zu einer Umsetzung einer optionalen Grundsteuererhöhung im Jahre 2021 kommt.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich betonen, dass wir das auch 2012/2013 gemeinsam geschafft haben. Wir mussten nicht auf die per Vorratsbeschluss skizzierten 825 Grundsteuerpunkte B anheben.

Zu Beginn meiner Rede habe ich von Baustellen gesprochen. Auf diese Baustellen und Herausforderungen möchte ich nun im letzten Teil meiner diesjährigen Haushaltsrede eingehen.

Beginnen möchte ich mit einer Baustelle, die aktuell unser ganzes Land, ja ganz Europa betrifft.

Auf dem Weg aus meinem Urlaubsort in Südtirol musste ich in der Nacht von Samstag auf Sonntag in München am Hauptbahnhof meinen Zug wechseln.

Alleine am Samstag sind rund 10.000 Asylsuchende in München am Hauptbahnhof angekommen.

Das sind 35-mal so viele Menschen, wie aktuell bei uns in Dorsten in der Notunterkunft im ehemaligen Petrinum an der Bochumer Straße Platz finden.

Menschen, die teilweise wie Sardinen in der Dose auf dem Boden des Münchener Hauptbahnhofes schlafen mussten, weil es in der bayrischen Millionenstadt keine freien Plätze mehr in den Notunterkünften gab.

Nachdem viele Kommunen überfordert waren, zeigt sich inzwischen immer mehr, dass auch Bund und Länder an ihre Grenzen stoßen.

Grenzen, für die nicht die asylsuchenden Menschen verantwortlich sind oder gar verantwortlich gemacht werden können.

Wir müssen vielmehr diese Herausforderung europäisch und auf Bundes- und Landesebene angehen.

Das heißt für mich:

1. Die Flüchtlinge müssen gerechter auf alle europäischen Staaten gemäß der sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und Kapazitäten verteilt werden.
2. Die Bundesregierung muss die personelle Ausstattung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge so anpassen, dass Anträge schneller und unter Beachtung rechtstaatlicher Prinzipien bearbeitet werden können.
3. Die Bundesregierung muss die Bundesländer finanziell so ausstatten, dass diese die Städte und Gemeinden finanziell ausreichend ausrüsten können, damit diese vor Ort eine vernünftige Integrationsarbeit und Betreuung durchführen können. Ein Dach über dem Kopf alleine ist dabei zu wenig.
4. Die Landesregierung NRW muss die Kosten des Bundes auch an die Kommunen weiterleiten. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass bisher in NRW nur 20 – 25% der anfallenden Kosten durch das Land erstattet wurden, während in anderen Bundesländern nahezu 100% der Kosten übernommen werden.

Ich glaube, diese Botschaft ist inzwischen bei der Ministerpräsidentin angekommen.

5. Wir müssen als Kommunen früher mit den Sprach- und Integrationskursen beginnen können. Dafür brauchen wir bessere Regelungen der Kostenübernahme. Es kann und darf nicht sein, dass wir erst nach einem ein- bis zweijährigen Anerkennungsverfahren mit diesen Kursen beginnen können – insbesondere bei den Menschen, die mit nahezu 100% Wahrscheinlichkeit einen genehmigten Asylantrag bekommen – weil sonst die Kosten nicht übernommen werden.
6. Wir als Kommunen und insbesondere unsere Bürgerinnen und Bürger sind vor Ort gefordert, eine echte Willkommenskultur zu leben und unsere neuen Nachbarn – ob für wenige Monate oder viele Jahre – willkommen zu heißen und in unseren Stadtteilen aufzunehmen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich das große Engagement der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, aber auch meiner Kolleginnen und Kollegen – besonders aus dem Sozialamt, dem Ordnungsamt und dem Zentralen Gebäudemanagement - loben.

Ich bin stolz auf diese Menschen, die ehrenamtlich oder hauptamtlich daran mitwirken, dass wir in den letzten Monaten die bisherigen Herausforderungen gemeistert haben.

Und ich bitte von Herzen darum, dass wir das auch in persönlichen Gesprächen mit diesen Menschen immer wieder zum Ausdruck bringen.

Hier wird Großartiges geleistet. Ob das Dorstener Integrationsforum, die Pfarr- und Kirchengemeinden, die Vereine, die Schützen, Feuerwehr, THW und DRK: Wir Dorstenerinnen und Dorstener meistern diese Herausforderungen! Gemeinsam!

Der LippePolderPark hat einmal mehr gezeigt, dass unsere Stadt vom Engagement Ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt.

Wir als Verwaltung können uns dabei nur als Dienstleister und Wegbereiter sehen.

Marion Taube hat als Kuratorin und Koordinatorin gemeinsam mit vielen Menschen aus der Bürgerschaft, des Lippeverbandes, der Sparkasse, der RWE und nicht zuletzt aus unserer Verwaltung etwas Einmaliges und Großartiges auf die Beine gestellt.

Jetzt am Ende des LippePolderParks sind wir gemeinsam mit der Bürgerschaft gefragt, wie wir nach der Anstiftung zur Stadtentdeckung 2013 und dem LippePolderPark 2015 diese Bürgerbiennale 2017 fortsetzen.

Und auch hier bin ich mir sicher, dass unsere Stadt den Willen und das Potential dazu hat.

Mit dem Projekt „WIR MACHEN MITte“ bietet sich für den Bereich der Altstadt und den Rändern von Feldmark und Hardt eine einmalige Gelegenheit. Eine Gelegenheit, die wir auch maßgeblich unserem Stadtbaurat Holger Lohse zu verdanken haben.

Ab 2016 wird es darum gehen, die ersten Projekte in konkrete Planungen zu gießen und vielleicht auch das eine oder andere Projekt zu beginnen.

Dabei handelt es sich nicht um ein Projekt „Unser Dorf soll schöner werden“. Es handelt sich um die Vernetzung von städtebaulichen und sozialen Aspekten für eine zukunftsweisende Entwicklung unserer Stadt.

Es war der richtige Weg, dass wir noch früher als beim Stadtumbau West in Barkenberg sowie der Sozialen Stadt Hervest mit der Bürgerbeteiligung begonnen haben.

Verwaltungsorganisatorisch strebe ich in dieser zweiten Jahreshälfte bzw. ins Jahr 2016 hineingehend die Konzeptionserstellung für die Weiterentwicklung bzw. Neuaufstellung in drei Bereichen an:

- 1) Die Wirtschaftsförderung
- 2) Das Stadtmarketing
- 3) Die Bürgerbeteiligung
sowie die Begleitung des Ehrenamtes
- 4) Die Jugendhilfe

Hierzu hat es bereits notwendige Gespräche in den vergangenen Monaten gegeben. Diese Gespräche und Workshops werden abhängig von den Bereichen noch bis Mitte des kommenden Jahres fortgeführt werden.

Zum Ende meiner Rede möchte ich sehr herzlich den Kolleginnen und Kollegen danken, die gemeinsam mit unserem Kämmerer Hubert Große-Ruiken diesen Haushaltsentwurf erstellt haben.

Dass unser Kämmerer nach dieser Sitzung wieder zwei Wochen in den Urlaub fährt, hängt damit zusammen, dass er im letzten Jahr nach seinem Urlaub einige gute Vorschläge mitgebracht hat. Lieber Hubert, das erwarten wir wieder von Dir.

Danken möchte ich aber auch all denjenigen Kolleginnen und Kollegen in Rat und Verwaltung – insbesondere meinem Verwaltungsvorstand – die den Mut haben, neue Wege zu beschreiten und dabei engagiert an der Zukunft unserer Stadt mitarbeiten.

Die Haushaltssanierung hat auch innerhalb unserer Verwaltung zu schmerzhaften personellen Herausforderungen geführt. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass sich Mitarbeiterschaft und Personalrat dieser Verantwortung der Haushaltskonsolidierung so konstruktiv gestellt haben. Dafür danke ich im Namen von Rat und Bürgerschaft herzlich.

Der griechische Philosoph Demokrit hat einmal gesagt:
„Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.“

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam mit Mut in die Zukunft blicken! Lassen Sie uns handeln, dann verdienen wir auch die notwendige Prise Glück.

Herzlichen Dank!